Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 02.12.2004 um 18.20 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Rank (außer Ziffer 4)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Lepelmann

Amtfrau Hartmann (nur Ziffer 1)
Oberamtsrat Körner (nur Ziffer 2)
Dipl.- Ing. Rützel (Ziffer 4-5 + 7)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste: Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Richter
Bgm. Böhm
Stadtrat Konrad
Stadträtin Stocker
Stadträtin Schmidt (bis 19.10 Uhr)
Stadtrat Schardt (ab 18.25 Uhr)

Entschuldigt fehlten:

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Finanzierung Spielraum e. V. in 2005

- A. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass lediglich in der heutigen Finanzausschusssitzung Kenntnis über den Sachstand genommen werden soll und der Punkt anschließend zur Beratung in die Fraktion bzw. Gruppen gegeben wird. Amtfrau Hartmann geht ausführlich auf den Sachvortrag ein. Oberbürgermeister Moser fügt hinzu, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Haushaltslage für die Alternative 2 a ausspricht. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer äußert seinen Unmut gegenüber der Staatsregierung, da sie zunächst diese Aufgabe den Städten und Gemeinden aufträgt und sich schließlich aus der finanziellen Verantwortung zieht. Stadtrat Weiglein ist ebenso der Meinung, aufgrund der Haushaltslage den Zuschuss an den Spielraum e. V. in gleicher Höhe zu gewähren. Ihm Beschluss sollte jedoch mit aufgenommen werden, dass eine Mitteilung an den Bayerischen Städtetag ergeht, worin diese Missstände, dass die Staatsregierung die Einrichtungen fördern und sich anschließend als Zuschussgeber zurückziehen, dargelegt werden. Stadtrat Müller teilt die Meinung der CSU. Er ist dafür, den geringeren Zuschuss zu gewähren, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt, die in den Haushaltsberatungen 2004 in allen Bereichen gekürzt worden sind.

B. **Ohne Abstimmung**

Oberbürgermeister Moser gibt diesen Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen bzw. Gruppen.

2. Vorlage von Budgetberichten (Stand 31.10.2004)

- A. Oberamtsrat Körner geht ausführlich auf die Budgetberichte ein. Er verweist insbesondere auf den Budgetbericht der Feuerwehr, die in der Ausschöpfung der Gebühreneinnahmen eine geringe Deckung aufweist. Dies liegt an vielen in Widerspruchsverfahren befindlichen Kostenbescheiden. Außerdem geht der Planansatz von einer wesentlich höheren Einsatzzahl der Feuerwehr aus. Des weiteren geht er auf die Inneren Verrechnungen des Bauhofs und der Gärtnereien ein. Die Differenz bei den Inneren Verrechnungen ist auf ein neues EDV-Abrechnungssystem zurückzuführen. Fehlenden Buchungen werden bis zum Jahresende durchgeführt. Zu den Fragen der einzelnen Finanzausschussmitglieder nimmt Oberamtsrat Körner kurz Stellung. Stadtrat Müller möchte wissen, wieso die Musikschulgebühren erstmals zum 15.11. eines Jahres fällig werden. Er ist der Meinung, dass die erste Rate zum Schuljahresbeginn fällig werden sollte. Oberbürgermeister Moser sagt einer Prüfung zu.

B. **Ohne Abstimmung**

Von der Sachstandinformation der Verwaltung sowie von den vorgelegten Budgetberichten der Organisationseinheiten wird Kenntnis genommen.

3. Rathaus Kitzingen Elektroinstallationsarbeiten

Mit 13 : 0 Stimmen

- 1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2.) Den Auftrag für die Elektroinstallationsarbeiten im Rathaus Kitzingen, erhält die Fa. Gerd Seynstahl, Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 31.115,49 € einschl. 16 % MwSt.
- 3.) Die Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe stehen bei der HH-Stelle 1.0600.9631 zur Verfügung.

4. Umbau und Sanierung Archiv und Museum
Erd-, Mauer-, Beton-, Stahlbetonarbeiten

Fa. Rank

Genehmigung der Nachträge

(Stadtrat Rank ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuschauerbereich.)

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachvortrag ein und fügt hinsichtlich des Projektberichtes der Stadtratssitzung vom 25.11.2004 hinzu, dass die Nachträge 1 und 2 bereits darin enthalten sind, Nachtrag 3 jedoch nicht.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Nachträge 1 – 3 der Fa. Rank in Höhe von insgesamt 36.609,11 € werden genehmigt.
3. Der Auftrag an die Fa. Rank wird von 221.149,52 € um 36.609,11 € auf 257.758,63 € erweitert.
4. Eine Erweiterung der Haushaltsstelle 1.3200.9450 ist nicht erforderlich.

5. Umbau und Sanierung Archiv und Museum
Deckenbauarbeiten

Fa. Kaidel

Genehmigung der Nachträge

- A. Nach dem Sachvortrag von Berufsmäßigen Stadtrat Groß schlägt Stadtrat Schmidt vor, aufgrund des jetzigen Sachstandes das Dach komplett mit naturroten Ziegeln einzudecken. Somit würde man auch der Altstadtsatzung gerecht werden. Er bittet um Klärung, welche Kosten dafür anfallen würden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß schlägt vor, den Punkt zurückzustellen und dies mit der Firma Kaidel hinsichtlich der Kosten abzuklären. Das Ergebnis wird dem Stadtrat zu Beschlussfassung vorgelegt. Hiermit besteht Einverständnis.

6. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Kommunalprogramms Altstadt

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass weitere Privatmaßnahmen inzwischen fertiggestellt sind. Geprüfte Schlussrechnungen liegen vor, somit können die Anträge entschieden werden.

1.1. Anwesen Neuer Weg 13 und 21

Durchgeführte Arbeiten:	Maler- und Verputzarbeiten; Dachdecker- u. Spenglerarbeiten
geprüfte Bausumme:	14 287,83 €
davon zuschussfähig:	11 785,20 €
vorgeschlagene Zuschussquote:	30 %
vorgeschlagener Zuschuss:	3 535,56 €

1.2 Anwesen Neuer Weg 15, 17 und 19

Durchgeführte Arbeiten:	Maler- und Verputzarbeiten; Dachdecker- und Spenglerarbeiten
geprüfte Bausumme:	34 124,74 €
davon zuschussfähig:	23 978,28 €
vorgeschlagene Zuschussquote:	30 %
vorgeschlagener Zuschuss:	7 193,-- €

1.3 Anwesen Obere Bachgasse 42/44 (Denkmalschutz)

Durchgeführte Arbeiten:	Fensterarbeiten
geprüfte Bausumme:	5 225,80 €
davon zuschussfähig:	3 243,36 €
vorgeschlagene Zuschussquote:	30 %
vorgeschlagener Zuschuss:	973,-- €

1.4 Anwesen Obere Kirchgasse 10 (Nach- Bezuschussung)

Bei dem Anwesen wurde bei der Rechnungsprüfung irrtümlich der Wärmedämmputz nicht anerkannt (Annahme: Wärmedämm-Verbundsystem).

Die Kosten in Höhe von 3 759,62 € sind also noch zuschussfähig in Verbindung mit dem entsprechenden Architektenhonorar.

Die Berechnung ändert sich wie folgt:

geprüfte Bausumme	51 099,94 €
davon zuschussfähig, bisher	28 273,04 €, Zuschuss 8 482,-- €
davon zuschussfähig, neu	32 614,10 €, Zuschuss 9 784,-- €
Differenz (Nachzahlung)	1 302,-- € =====

7. Sole-Hallenbad Projektbericht BHKW

Der Projektbericht mit Kostenkontrolle wird zur Kenntnis genommen.

8. Dreifachturnhalle Sickergrund
Sanierung Heizzentrale mit Regel- und Schaltanlage
Projektbericht

Der Projektbericht mit Kostenkontrolle wird zur Kenntnis genommen.

9. Flugplatz Kitzingen

A. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass aufgrund des Abzuges der Amerikaner die zivile Folgenutzung des Flugplatzes gesichert werden sollte. Dazu ist ein Antrag beim Luftfahrtamt Nordbayern nötig. Er bittet aber bei der Entscheidung darauf zu achten, dass es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluss handelt. Der Beschluss umfasst keine Planungen für die spätere Nutzung des Flugplatzes. Lediglich die Möglichkeit seitens der Stadt Kitzingen, den Flugplatz zu nutzen und somit das bestehende Flugrecht für eine mögliche Folgenutzung zu sichern.

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent ist der Meinung, dass der Beschluss in dieser Fassung gefasst werden sollte.

Stadtrat Müller als Gewerbe- und Industriereferent ist der Meinung, dass man diesen Trumpf nicht aus der Hand geben darf. Über Punkte, bei denen Diskussionsbedarf besteht, muss zu gegebener Zeit gesprochen werden.

Stadträtin Dr. Endres-Paul stört sich an der Klammer im Beschlussentwurf und bittet diese zu streichen. Hiermit besteht Einverständnis.

Stadtrat Heisel lehnt die Möglichkeit der Folgenutzung ab, da ihm die Diskussion über die Vorteile und Nachteile, die die Stadt Kitzingen dadurch hat, fehlt.

Stadträtin Gold spricht sich ebenso gegen die Folgenutzung aus und bezieht sich auf die Lärmbelastung, die dadurch auf die Siedlung zu kommen wird. Sie kann sich nicht vorstellen, dass die Stadt Kitzingen dadurch einen Nutzen haben wird.

Nach aufkommender Diskussion weist Oberbürgermeister Moser nochmals darauf hin, dass es sich lediglich um den Grundsatzbeschluss für eine Folgenutzung handelt.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Der Antrag von Stadtrat May auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. Mit 11 : 2 Stimmen

Der Beschluss des Stadtrates vom 11.05.1999

„Die Möglichkeit der zivilen Mitbenutzung (bzw. zivilen Nutzung) des Flugplatzes Kitzingen soll weiterverfolgt werden“

wird bestätigt.

10. B-Plan Nr. 84 „Großlangheimer Str. Nord“ mit Grünordnungsplan (GOP)
Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie der erneuten
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB)
- Satzungsbeschluss
- Umlegungsbeschluss

A. Die während der öffentlichen Auslegung gem. § 3.2 BauGB sowie der

erneuten Beteiligung der Träger öffentl. Belange zum B-Plan Nr. 84 „Großlangheimer Str. Nord“ mit Grünordnungsplan in der Zeit vom 16.08. – 17.09.04 eingegangenen Bedenken und Anregungen werden wie folgt behandelt:

B. Träger öffentlicher Belagn ohne Bedenken und Anregungen:
- Handwerkskammer f. Unterfranken (Wü)

C. Träger öffentlicher Belange mit Bedenken und Anregungen

a) Die Bahn (Wü)

Hinweis auf Stellungnahme vom 7.7.04, die weiterhin gilt und Ankündigung des Übergangs der Betriebsgenehmigung auf DRE für Ende September 04.

Mit 13 : 0 Stimmen

Grundsätzlich gilt hierzu das Abwägungsergebnis der Stadt vom Juli 04 weiterhin. Aufgrund der geforderten Einschaltung des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht kam von dieser Stelle der Hinweis auf die Zuständigkeit des Bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, wo die endgültige Genehmigung bzw. Zwischenlösungen im Benehmen mit dem künftigen Betreiber (vorauss. Bayer. Regionaleisenbahn GmbH/BRE) zu beantragen seien.

Nachdem jedoch der o.a. Übergabetermin erneut ergebnislos verstrichen und bis auf weiteres auch kein Ende des Übernahmeprozesses absehbar ist, andererseits jedoch eine Realisierung des Baugebiets aufgrund fehlender Gewerbeflächen zwingend kurzfristig erfolgen muss, geht die Stadt zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen wie folgt vor:

1. Beibehaltung der Anschlusslösung Nordtangente BA III b/ST 2272 mittels höhengleicher Kreuzung der Bahnlinie Etwashausen – SW in Höhe Bahn km 3,298.
Falls dafür – wider Erwarten – durch den „künftigen Betreiber keine Zustimmung erfolgt, erklärt sich die Stadt bereit, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten, mit einer anderen Verknüpfung (z.B. höhenfreie Lösung) zwischen ST 2272 „alt“ und „neu“.
2. Schaffung einer prov. Zufahrt für die Baugebietserschließung von der ST 2271 her (entsprechende Verhandlung wurden geführt; die diesbezügliche Zusage des Straba Wü ist bis Mitte Dezember 2004 angekündigt.
3. Schaffung einer provisorischen Gebietszufahrt in Höhe des künftigen Gebietsanschlusses als Verlängerung zur ST 2272 alt, in Höhe Bahn km 3,159. Da derzeit trotz ständiger Nachfrage kein konkrete Ansprechpartner benannt werden kann, jedoch akuter Handlungsbedarf besteht, wird die Stadt die nötige Klärung während der Bauzeit der Erschließung abschließend vornehmen (in 2005).
Das Provisorium ist ausdrücklich als solches deklariert und als Anlage Nr. 8 den Bebauungsplan-Unterlagen beigelegt.
Die Stadt verpflichtet sich ferner zum sofortigen Rückbau, wenn das Verbindungsstück zwischen ST 2272 neu und Nordtangente BA III a und der Anschluss des Gewerbegebietes hieran hergestellt ist.
Die Anregungen sind somit soweit als möglich berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

b) Straßenbauamt Würzburg

a. Äußerung von verfahrensmäßigen Bedenken zum geplanten

Provisorischen Bahnübergang in Höhe Bahn km 3,159 mit Verweis auf Schreiben der Regierung von Unterfranken vom 02.09.04 ; Aussage (s. Nr. 1.2.3), dass dafür Ausnahmegenehmigung nach § 2 Abs. 2 EkrG

erforderlich ist und der vorgelegte Antrag nicht ausreicht, mit evtl. Auswirkung auf Verfahrensabschluss Bebauungsplanverfahren.

Mit 13 : 0 Stimmen

Der Stadt ist die Problematik vertraut, wobei derzeit (Stand: 25.11.04), immer noch unbekannt ist, wer letztlich künftiger „Infrastrukturbetreiber“ der Bahnlinie ist, obwohl die Entscheidung darüber mehrfach angekündigt und zuletzt bis Ende September 2004 avisiert war. Aufgrund der unklaren Perspektiven – auch in Verbindung mit den inzwischen veröffentlichten Abzugsabsichten der US-Streifkräfte – ist es der Stadt nicht länger zuzumuten, das diesbezügliche Ergebnis abzuwarten, zumal dringender kurzfristiger Bedarf für frei verfügbare Gewerbeflächen besteht. Die Stadt verpflichtet sich, die fraglichen Genehmigungen zu beantragen bzw. zu ergänzen und in Höhe Bahn km 3,159 insbesondere die (Übergangs-) Erschließung selbstverständlich erst dann zu bauen und in Betrieb zu nehmen, wenn entsprechende Erlaubnisse vorliegen. Dies soll während der Bauzeit für die innere Erschließung geschehen (in 2005). Die Bedenken sind somit vor dem Hintergrund der vitalen städtischen Interessen weitgehend beachtet; die Planung bleibt unverändert.

- b. Hinweis auf Ziffer 5/5.1 des Schreibens vom 30.06.04 mit nötiger Textänderung im Erläuterungsbericht i. S. „Sonderbaulast“.

Mit 13 : 0 Stimmen

Irrtümlich wurde die Begründung (noch) nicht angepasst. Daher kommt folgende Ergänzung auf S. 4 im 1. Absatz: „..... detailliert Aussagen. Voraussetzung für die Realisierung der äußeren Erschließung ist ferner der Abschluss eines entsprechenden Vertrages zwischen Stadt und Freistaat über eine Sonderbaulast. Analog zu den bisherigen Verträgen zu den Bauabschnitten (BA) I, II, III a geht damit die Straßenbaulast an die Stadt über, die gleichzeitig Straßenbaubehörde ist und deren Aufgaben wahrnimmt“. Dem Hinweis wird entsprochen und die Planung (Begründung) entsprechend ergänzt. Es handelt sich nicht um eine wesentliche Änderung.

- c. Hinweis auf Ziff. 5.2 des Schreibens vom 30.06.04 und Aussage, wonach für Bebauungsplan anstelle einer befristeten Ausnahmegenehmigung für einen neuen höhengleichen Bahnübergang eine unbefristete vorliegen muss.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Anregung ist bekannt. Hierzu vertritt die Stadt die gleiche Auffassung wie unter a.) dargelegt.

- d. Hinweis auf fehlende Nachweise zu:
- Längen der Links-Abbiegespuren
 - Breite der Brücke über ST 2271
 - Breite ST 2272 neu östlich der Gebietszufahrt
 - Östlichen und Westlichen Rampenanschlüssen zwischen ST 2271 und ST 2272 neu mit Verweis auf nötige Einhaltung der Vorgaben des „Handbuchs für Bemessung von Straßenverkehrsanlagen“ – HSB -Ausgabe 2001; eingeführt am 31.03.03.

Mit 13 : 0 Stimmen

Mit Schreiben vom 11.08.04 hat das Büro Maier die gewünschten zusätzlichen Ausgaben vorgelegt, die an das Straßenbauamt Würzburg weitergeleitet wurden. Sie legen nach Aussage des Büro's – wie gefordert das „HBS“ (Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen) zugrunde und werden zum Bestandteil der Abwägung (Anlage zu 1.2.2 d) erklärt. Nachdem danach die Anforderungen des HBS eingehalten sind, sind die Anregungen berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

c) Regierung von Unterfranken (WÜ 02.09.2004)

Hinweis auf Genehmigungsbedürftigkeit auch des provisorischen Bahnüberganges in Höhe Bahn km 3,159 mit Angabe des Dienstweges und der beizufügenden Unterlagen mit Angabe Genehmigungsbehörde: Bundesministerium für Verkehr (BMVBW).

Mit 13 : 0 Stimmen

Der Hinweis ist der Stadt Kitzingen bekannt und wird nach Klärung der Zuständigkeit beachtet; die Planung bleibt unverändert.

d) Landesbevollmächtigter für Bahnaufsicht (NÜ – 26.08.04)

Hinweis auf baldige Streckenübergabe an Bayer. Regionaleisenbahn mit zuständiger Genehmigungsbehörde: Bayer. Staatsministerium für Verkehr, Wirtschaft und Technik.

Mit 13 : 0 Stimmen

Der Hinweis ist der Stadt Kitzingen bekannt und wird nach Klärung der Zuständigkeit beachtet; die Planung bleibt unverändert.

e) WBV Süd München

Verweis auf Stellungnahme vom 24.06.04, die weiterhin Gültigkeit hat.

*Anmerkung: Hier ging es vorrangig um den Ausschluss von Metalloberflächen an Fassaden und Decken wg. befürchteter Auswirkungen auf die Flugsicherungsanlagen. Mit Schreiben vom 27.07.04 hat die WBV die diesbezügl. Bedenken zurückgezogen.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Stellungnahme ist inhaltlich bereits beachtet; die Planung bleibt daher unverändert.

f) Forstamt Wiesentheid

Hinweis auf die Stellungnahme vom 29.06.04 die beachtet ist; keine Bedenken gegen die Planung.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Stellungnahme ist bereits beachtet; daher bleibt die Planung unverändert.

g) LKW Kitzingen

a. Hinweis auf notwendige Trafostation mit Bedarf für Flächenausweisung, sowie Leitungstrasse im Grünstreifen.

Mit 13 : 0 Stimmen

In Absprache mit der LKW wird ein Trafostandort ausgewiesen und ein ebenso ein Leitungsrecht eingeräumt. Die Planung wird entsprechend angepasst; es handelt sich nicht um eine wesentliche Änderung.

- b. Hinweis auf Versorgungsmöglichkeiten für Gas und Wasser im Rahmen der bestehenden Kapazitäten und gegebenenfalls Sicherungsbedarf für jeweilige Leitungstrassen.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, wobei aus jetziger Sicht, keine Trassensicherung nötig ist, da die ehemalige Straßenfläche im Städt. Eigentum verbleiben sollen.

- D. Private ohne Bedenken oder Anregungen
- Fehlanzeige –

- E. Private mit Bedenken oder Anregungen

Herr M. Pfnausch, Kitzingen

- a) Hinweis auf geplante Änderung von LW-Flächen in Straßenflächen und fehlende Zustimmung.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Straßenplanung für die ST 2272“neu“ sieht ab der gepl. höhengleichen Kreuzung mit der Bahn nach Osten hin eine notwendige Verschwenkung Richtung Bimbach vor. Dadurch würde ca. ¼ der Fl.Nr. 6712 „alt“ für Verkehrszwecke benötigt. Die –neue- Fl.Nr. 7476 beginnt weiter westlich, hat eine vergleichbare Größe wie 6712 alt und wird lediglich zu ca. 3 % von geplanten Verkehrsflächen tangiert (Nordostspitze). Von daher ist keine übermäßige Beeinträchtigung erkennbar. Die fehlende Zustimmung wird zur Kenntnis genommen; die aus technischen Gründen (Anschlusspunkte) nicht veränderbare Planung bleibt bestehen.

- b) Hinweis auf angeblich eingetretene Werterhöhung für Fl.Nr. 6712 und auf frühere Kaufpreise für Baugebiet „Großlangheimer Str. Nord“ bzw. für „neue Staatsstraße“ sowie auf „Abzinsung“ seit 31.12.00.

Mit 13 : 0 Stimmen

Tatsächliche oder potentielle Bodenwerte, Kaufpreise u.ä. sind nicht Gegenstand des B-Planverfahrens, sondern der sich anschließenden Umlegung vorbehalten. Von daher wird der Hinweis zur Kenntnis genommen, tangiert aber nicht die Planung.

Daneben sei angemerkt, dass die damaligen Plankonzepte von einer anderen Führung der Nordtangente (südlich der Bahnlinie) ausgingen.

- c) Hinweis auf Planvariante v. 11.06.02 mit gewerbl. Flächen südlich der ST 2271 „alt“, die sofort erschlossen werden könnten (mit vorh. Zufahrts-straße) mit entsprechender Wertentwicklung.
- d) Hinweis auf notwendige gepl. 2. Zuteilungsverhandlung der Flurbereinigung wegen angeblichem Gewerbebauwartungsland (lt. Entwurf v. 11.06.02).
- e) Hinweis auf attraktive Lage (Einzugsgebiet, Verkehr) der Fl.Nr. 7476 bzw. 6712 alt und Diskrepanz zwischen Abfindungswert und früherem Einkaufspreis für Gewerbeland.

Mit 13 : 0 Stimmen

Die angesprochene Planvariante v. 11.06.02 steht nicht zur Diskussion; d.h., dass die fraglichen Flächen gem. FNP und B-Planentwurf Nr. 84 – wie bisher -nicht bebaubar sondern landwirtschaftlich nutzbar sind, weil nach Beschluss des Stadtrates Gründe des Landschaftsbildes, des Luftaustauschs sowie ökologischer Belange gegen eine Bebauung sprechen. Die Anregungen können daher nicht berücksichtigt werden, die Planung bleibt unverändert.

- f) Verweis auf Fristen im Flurbereichsverfahren und Angebot , Fl.Nr. 7476 zu bestimmtem Preis an die Stadt zu verkaufen.

Mit 13 : 0 Stimmen

Der Hinweis und das damit verbundene Angebot wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch nicht zur Änderung der Planung.

F. Mit 13 : 0 Stimmen

Die Stadt Kitzingen erlässt folgende Satzung für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 84 „Großlangheimer Str. Nord“

Grundlagen sind:

§ 1 Abs. 1 und § 9 Baugesetzbuch(BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in Verbindung mit Art. 91 Abs. 1 und 3 der Bayer. Bauordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 04.08.1997 (BayGVBl.- S. 433) und Art. 23 der Gemeindeverordnung für den Freistaat Bayern i.d.F. der Bekanntmachung vom 06.01.1993(GVBl., BayRS 2020-1-1-I)

Bebauungsplan-Satzung

§ 1

Der Bebauungsplan Nr. 84 „Großlangheimer Str. Nord“ wird aufstellt. Der Geltungsbereich liegt innerhalb der durch einen schwarz gestrichelten Linienzug umgrenzten Flächen, die im Planblatt vom 20.07.2000 i.d.F. v. 06.08.04 ausgewiesen sind.

§ 2

Der Bebauungsplan besteht aus dem Planblatt vom 20.07.2000 i.d.F. v. 06.08.04 mit den darauf enthaltenen Festsetzungen inkl. der geringfügigen Ergänzung (Stand: 25.11.04) sowie der Begründung i.d.F. v. 26.11.04. Ferner ist Bestandteil der entsprechende Grünordnungsplan mit Ausgleichsbebauungsplan inkl. Begründung i.d.F. v. 06.08.04 (Büro Arc.grün).

Weitere Bestandteile sind:

- Allgemeine Vorprüfung nach § 3 c UVPG
- Entwässerungskonzept/Antrag Wasserrechtsverfahren (Trennsystem)
- Technische Ausbauplanung (Büro Maier) für Nordtangente St 2272 neu und Verknüpfung mit St 2271 ab Lochweg bis Einfahrt US-Flugplatz – (Fassung: Mai 04)
- Genehmigungs-/Ausführungsplanung Bauwerke BA III b – wird nachgereicht -
- Schalltechnische Berechnungen (Büro Maier) für Straßen und Gewerbelärm (Stand 4.04)
- Baugrunduntersuchung/Gründungsgutachten (Büro ETN – Stand 5.04)
- Planung: Prov. Zufahrt/Gewerbegebiet/ST 2272 alt (Fassung: 06.08.04)
- Leistungsfähigkeitsnachweis der Signalanlagen (Büro Maier) v. 10.08.04

§ 3

Der Bebauungsplan sowie der Gründordnungsplan mit Ausgleichsbebauungsplan und die unter § 2 genannten Anlagen, werden mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB rechtsverbindlich.

G. Mit 13 : 0 Stimmen

Der Stadtrat ordnet nach § 46 Abs. 1 des Baugesetzbuches – BauGB – i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 84 „Großlangheimer Str. Nord“ die Umlegung nach dem vierten Teil des ersten Kapitels des Baugesetzbuches an.

11. Widmung Stichstraße Memellandstraße, Fl.Nr. 5793/48

- A. Stadtrat Müller möchte wissen, ob bei der Erschließung dieser Straße, die von der Kitzinger Bau GmbH gebaut worden ist, ein Beschluss dahingehend gefasst wurde, dass die Stadt Kitzingen diese Straße übernimmt. Laut Berufsmäßigen Stadtrat Groß ist bei der Erschließung dies angesprochen worden. Ob es hierzu auch einen Beschluss gibt, muss jedoch erst geprüft werden. Stadtrat Schmidt erklärt sich mit der Übernahme nicht einverstanden, da bei einem ähnlichen Fall, die Straße als Teileigentum bei den Grundstückseigentümer geblieben ist. Er sieht deshalb den Gleichheitsgrundsatz als verletzt an. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Bau GmbH die Straße auf eigene Kosten gebaut hat und kostenlos an die Stadt Kitzingen weitergeben will. Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu erweitern, die Straße im gleichen Schritt zu übernehmen und zu widmen.

B. Mit 11 : 2 Stimmen

Die Stichstraße Memellandstraße, Fl.Nr. 5793/48, wird von der Stadt Kitzingen übernommen und gem. Art. 6 Abs. 1 BayStrWG zur Ortsstraße i.S.d. Art. 46 Nr. 2 BayStrWG gewidmet.

Die Stichstraße mit einer Länge von 0,031 km beginnt an der Memellandstraße, Fl.Nr. 5793/120 und endet an der Nordostgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 5793/142 bzw. Südostgrenze des Grundstücks Fl.Nr. 5793/49.

Grundlage ist der Lageplan vom 17.11.2004.

- C. Stadtrat Schmidt möchte zu Protokoll geben, dass er aufgrund der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes dagegen gestimmt hat.

12. Neues kommunales Rechnungswesen in Bayern:
Weiteres Vorgehen

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Zur Zeit besteht hinsichtlich einer EDV-Umstellung für das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen kein Handlungsbedarf. Die Sache ist dem Stadtrat erneut vorzulegen, sobald sich neue Erkenntnisse ergeben (Entscheidung des Staates über das neue Rechnungswesen und dessen Einführungszeitpunkt, Kostenfrage).
3. Bei der Vermögenserfassung und -bewertung sind die Vorarbeiten soweit wie möglich voranzutreiben. Sobald Richtlinien des Gesetzgebers vorliegen, sind die Arbeiten auf dieser Grundlage weiter zu führen.

13. Informationen durch Oberbürgermeister Moser

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass in der Finanzausschusssitzung am 09.12.2004 Anträge der Fraktionen und Gruppen hinsichtlich zur Haushaltskonsolidierung behandelt werden. Des weiteren ergeht eine neue Sitzungsvorlage zum Feuerwehrgerätehaus Repperndorf.

Außerdem teilt er mit, dass die erste Sitzung des Konversionsbeirats am 13.12.2004 um 19.30 Uhr im „Essbach Hof“ stattfinden wird. Geladen dazu sind Vertreter des Landkreises, der IHK, der Handwerkskammer, des Stadtrates, der Regierung von Unterfranken sowie des Stadtmarketingvereins.

14. Anfrage von Stadtrat Schmidt
Mietanwesen BauGmbH, Karlsbader Str.

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass eine Mieterin des Mietanwesens der Bau GmbH, Karlsbader Straße große Probleme mit Trittschall in ihrer Wohnung hat.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass die Verwaltung sich dieser Sache schon angenommen hat.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentlich Sitzung um 20.15 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller